

Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Stefan Schiman

Wachstum in den kommenden Jahren gedämpft

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2017

Nach der Wachstumsdelle im Jahr 2012 entwickelt sich die heimische Wirtschaft auch mittelfristig nur wenig dynamisch. Der höchste BIP-Zuwachs innerhalb des Prognosezeitraumes 2012/2017 wird für 2015 erwartet, er fällt mit 2% aber gering aus. Maßgeblich für die gedämpfte Entwicklung sind sowohl externe (anhaltende Konjunkturschwäche im Euro-Raum) als auch heimische Faktoren (mäßiges Konsumwachstum durch steigende Sparneigung der privaten Haushalte). Die Expansion wird nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Inflationäre Tendenzen sind mittelfristig unwahrscheinlich. Die öffentliche Hand setzt ihren mäßigen Konsolidierungskurs fort.

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf> • Begutachtung: Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Stefan.Schiman@wifo.ac.at, Hans.Pitlik@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 um 1,7% wachsen¹⁾. Die Entwicklung ist geprägt von einem leichten Aufschwung: Nach der Wachstumsdelle im Jahr 2012 setzt eine schwache Erholungsphase ein. Die höchste Zuwachsrates des realen BIP (+2%) wird etwa im Jahr 2015 erreicht. Gegenüber der mittelfristigen Prognose des WIFO aus dem Vorjahr (Ederer et al., 2012) bleibt das prognostizierte Konjunkturmuster unverändert: Die Wachstumsdelle im Jahr 2012 wurde korrekt prognostiziert, und am Szenario eines mäßigen Aufschwunges 2013 und 2014, dem ein wenig ausgeprägter Wachstumshöhepunkt 2015 folgt, wird auch in der vorliegenden Prognose festgehalten. Der prognostizierte Zyklus fällt flacher aus als in früheren Phasen der Konjunkturerholung.

Die relative Schwäche der mittelfristigen Wirtschaftsdynamik ist sowohl auf heimische Faktoren (Dämpfung des Konsums durch steigende Sparneigung) als auch auf internationale Effekte zurückzuführen. Eine maßgebliche Rolle spielt die flauere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum. Der fiskalpolitische Rahmen der seit 1999 bestehenden Währungsunion erwies sich im Lichte der jüngsten Staatsschuldenkrise als unzureichend. Im Laufe der Wirtschaftskrise wurden diese Mängel virulent und brachten massive Refinanzierungsprobleme einzelner Länder mit sich. Die als wirtschaftspolitische Reaktion beschlossenen fiskalischen Konsolidierungsprogramme dämpften die Konjunktur stärker als erwartet (Blanchard – Leigh, 2013). In der Folge wurden bestehende Fiskalregeln verschärft und neue eingeführt. Diese Maßnahmen, die auf eine mittelfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und somit auf eine Lösung der Staatsschuldenkrise abzielen, werden die Konjunktur jedenfalls vorübergehend dämpfen. Eine mögliche Neugestaltung des wirtschafts-, insbesondere des fiskalpolitischen Ordnungsrahmens des Euro-Raumes, die das Marktumfeld stabilisieren und – in Kombination mit einer gezielten Strategie für schwache Euro-Länder (Aiginger et al., 2012, Aiginger – Huber – Firgo, 2012) – die Konjunkturerholung beschleunigen könnte, erscheint aus heutiger Sicht hingegen unsicher. Das Wachstum wird daher im Euro-Raum mittelfristig gedämpft bleiben; mit durchschnitt-

**Wirtschaftspolitische
Unwägbarkeiten
dämpfen Ausblick für
den Euro-Raum**

¹⁾ Die vorliegende mittelfristige Prognose für Österreich bis 2017 basiert auf den Annahmen und Ergebnissen der WIFO-Prognose für 2013 und 2014 (Glocker, 2013) und der mittelfristigen Prognose der Weltwirtschaft bis 2017 (Schulmeister, 2013).

lich 1,1% pro Jahr fällt es geringer aus als in der EU 27 insgesamt (+1,4%) und in den USA (+2,4%). Im Detail diskutiert *Schulmeister* (2013) in diesem Heft die mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2017.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9
Nominell	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,7	4,3	4,5	4,3	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,9	6,8	7,4	7,0	7,4	7,4	7,4	7,4	7,2
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,4	4,2	3,9	3,4	3,7	4,0	3,8	3,9	4,0
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 3,0	- 1,4	- 3,1	- 2,6	- 2,0	- 1,3	- 0,8	- 0,4
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,9	9,3	8,1	7,5	7,6	7,9	8,0	8,4	8,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 2002/2007	Ø 2007/2012	Ø 2012/2017
	Jährliche Veränderung in %		
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	+ 2,2	- 0,2	+ 1,1
23 OECD-Länder ¹⁾	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,0
	Ø 2003/2007	Ø 2008/2012	Ø 2013/2017
Wechselkurs	1,25	1,37	1,27
	\$ je Barrel		
Erdölpreis, Brent	51,8	92,1	106,7

Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Exportenerfolg in Nicht-EU-Ländern

Während sich die Wirtschaft im Durchschnitt des Euro-Raumes in den kommenden Jahren sehr schwach entwickeln wird, ist für Österreich – trotz des im langfristigen Vergleich geringen Wachstums – eine etwas bessere Tendenz zu erwarten. Dieser Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes resultiert u. a. aus der robusten und exportorientierten Wirtschaftsstruktur, dem hohen Spezialisierungsgrad in wissensintensiven Branchen und den relativ hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (*Janger et al.*, 2011) und wird auch mittelfristig erhalten bleiben. Zudem sind die Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Hand in Österreich deutlich geringer als in anderen Euro-Ländern wie etwa Spanien, Italien, Irland, Portugal, Griechenland und Belgien. Als weiteres Charakteristikum wirkt sich das starke Engagement heimischer Unternehmen in Ostmitteleuropa im Prognosezeitraum vorteilhaft auf die heimische Wirtschaft aus, da diese Regionen in den kommenden Jahren wieder an Dynamik gewinnen werden. Vor diesem Hintergrund wird das BIP in Österreich sogar ein wenig stärker wachsen als in Deutschland.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen.

Die Erschließung neuer Märkte in den lateinamerikanischen und südostasiatischen Schwellenländern wird der österreichischen Exportindustrie weiterhin Impulse geben. Insgesamt nehmen die Exporte 2012/2017 um durchschnittlich 5,2% pro Jahr zu. Der Exportzyklus verläuft parallel zum Konjunkturmuster: Nach nur +1,1% im Jahr 2012 wird für 2013 eine Steigerung auf +3,4% und für 2014 auf +5,4% prognostiziert. Erst 2015 wird die Exportzunahme mit +5,8% etwa den langjährigen Durchschnittswert (1978/2008) erreichen, aber um knapp 1 Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der Jahre 1998/2008 liegen – in diesem Zeitraum erhöhte sich die Exportquote von 41% auf 59%. Aufgrund der prognostizierten Entwicklung des internationalen Umfeldes (Schulmeister, 2013) und einer anhaltend erfolgreichen Exportausweitung außerhalb der EU ist ein Exportwachstum von über 5% auch über 2015 hinaus möglich.

Ähnlich den Exporten verläuft die Zunahme der Investitionen träge. Während die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der abnehmenden Unterauslastung der Kapazitäten kräftiger anziehen werden, dämpft vor allem die geringe Nachfrage nach Bauinvestitionen das Gesamtvolumen der Bruttoanlageinvestitionen. Nach einem leichten Zuwachs von 0,5% im Jahr 2012 werden die Ausrüstungsinvestitionen 2013 um 2,5%, 2014 um 3% ausgeweitet. Aufgrund der steigenden Absatzerwartungen und der höheren Exportdynamik werden sie ab 2015 wieder kräftiger zunehmen (+4,4% bis +4,9%); dann werden auch wieder vermehrt Erweiterungsinvestitionen getätigt. Die Bauinvestitionen erreichen hingegen ihren Wachstumstiefpunkt erst 2013. Darauf weisen die Entwicklung der Baubewilligungen und die Einsparungen im öffentlichen Bereich hin. 2012 dürfte der Zuwachs mit +1,1% relativ hoch gewesen sein, 2013 wird ein Anstieg von nur 0,6% erwartet, 2014 wird die Rate wieder +1,1% betragen. Nach einem dem allgemeinen Konjunkturmuster entsprechenden Höchstwert 2015 (+1,8%) werden die Zuwachsraten ab 2016 wieder abflachen.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben über den gesamten Prognosezeitraum günstig, mit einer Straffung der Geldpolitik ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Erst gegen Ende des Prognosehorizonts dürften die kurzfristigen Zinsen etwas anziehen. Die Zentralbank der USA sendete zuletzt deutliche Signale einer geldpolitischen Selbstbindung an die Märkte, indem sie Zielvorgaben für die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate setzte, vor deren Erreichen die expansiven Maßnahmen nicht beendet würden. Die EZB kann sich diesen Entwicklungen nicht verschließen, da sie für die Höhe des Wechselkurses eine wichtige Rolle spielen. Die vorliegende Prognose geht

**Gute Finanzierungs-
bedingungen
begünstigen
Investitionen**

davon aus, dass die Wechselkursentwicklung für beide Zentralbanken ein wichtiger Zielwert ist, zumal die ausländische Komponente bei verhaltener heimischer Nachfrage zu einer umso wichtigeren Konjunkturstütze wird.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2
Staat	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,0	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,8
Ausrüstungen	+ 3,1	+ 1,2	+ 3,9	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,8
Bauten	+ 1,3	- 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,0
Inländische Verwendung	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5
Exporte	+ 7,1	+ 0,2	+ 5,2	+ 1,1	+ 3,4	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,6	+ 5,8
Importe	+ 6,6	+ 0,4	+ 4,8	+ 0,8	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,2	+ 5,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Konjunktur zu schwach, um Arbeitslosigkeit zu senken

Die Beschäftigung reagiert zeitverzögert auf den Konjunkturverlauf. Die Wachstumsdelle des Jahres 2012 wird sich daher in der Arbeitskräftenachfrage erst heuer spiegeln. 2012 wurde die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten noch relativ stark ausgeweitet (+1,4%), 2013 wird sie um nur 0,6% steigen. Mittelfristig (2012/2017) wird mit einem Beschäftigungszuwachs von 0,9% pro Jahr gerechnet – nach +0,9% pro Jahr im Durchschnitt 2007/2012 und +1,1% im Durchschnitt 2002/2007. Das Beschäftigungswachstum resultiert in den kommenden Jahren vor allem aus einer Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte (2012/2017 +22.500 Personen pro Jahr), in geringerem Ausmaß aus dem anhaltenden Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung und der Verschärfung von Frühpensionsregelungen (Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension –1.800 Personen pro Jahr). Es beschränkt sich auf den privaten Sektor, während – nicht zuletzt aufgrund der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen – mit einem leichten Rückgang der Zahl öffentlich Bediensteter gerechnet wird (von etwa 541.300 im Jahr 2012 auf etwa 538.800 im Jahr 2017).

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

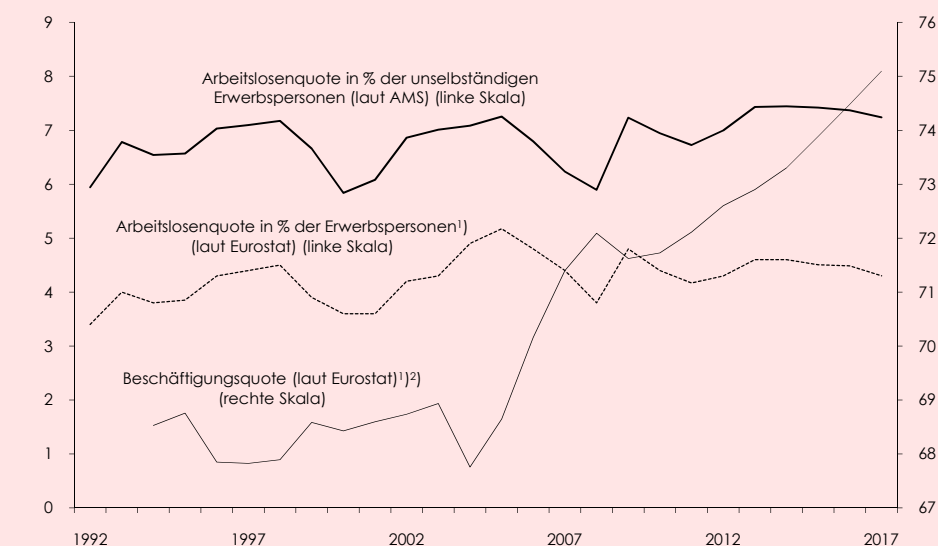
	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	4,7	4,3	4,5	4,3	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	6,9	6,8	7,4	7,0	7,4	7,4	7,4	7,4	7,2
	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Arbeitslose	- 0,9	+ 3,2	+ 1,6	+ 5,7	+ 7,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	- 1,0
Produktivität ⁴⁾	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,2	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,7
Pro Kopf, real ⁶⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler. – ⁴⁾ BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁵⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Da die Liberalisierung des Arbeitsmarktes mit dem Auslaufen der Übergangsregelungen für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien im Jahr 2014 abgeschlossen wird, lässt der Zustrom an ausländischen Arbeitskräften mittelfristig nach (2014

+25.000 Personen, 2017 +21.600). Die österreichische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird aus demographischen Gründen mittelfristig kaum wachsen, der Anstieg flacht von +0,4% pro Jahr im Durchschnitt 2007/2012 auf +0,1% pro Jahr im Zeitraum 2012/2017 ab. Die heimische Erwerbsbevölkerung nimmt daher im gesamten Prognosezeitraum schwächer zu als die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte (zwischen +3.000 Personen im Jahr 2013 und +7.500 in den Jahren 2015 und 2016).

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Labour Force Survey. – ²⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Der bevorstehende Aufschwung und der damit verbundene Beschäftigungszuwachs sind zu schwach, um die Arbeitslosigkeit in Österreich zu senken. Das Arbeitskräfteangebot steigt noch bis 2014 stärker als die Nachfrage, die Zahl der Arbeitslosen nimmt daher weiter zu (2012 rund 260.000, 2014 rund 283.000). Danach erhöhen sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Gleichklang, sodass sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen nur mehr geringfügig ändert und 2017 wieder bei etwa 282.000 liegt. Die Arbeitslosenquote erreicht 2013 mit 7,4% ihren bisher höchsten Wert und wird mittelfristig auf diesem Niveau verharren, ein Rückgang zeichnet sich erst am Ende des Prognosezeitraumes ab.

Der relativ hohe Beschäftigungszuwachs im Jahr 2012 bei mäßiger Konjunktur hatte eine Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität zur Folge, der durch die Verringerung des Beschäftigungszuwachses heuer nicht ganz kompensiert wird. In den kommenden Jahren wird aber mit einer anhaltenden Zunahme der Produktivität gerechnet. Die Kombination aus Reallohnanstieg und Produktivitätseinbußen unterbrach den Rückgang der Lohnquote bzw. der Lohnstückkosten: Die unbereinigte Lohnquote (Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens), die seit 1994 von 75,7% auf 67,3% im Jahr 2011 gesunken war, erhöhte sich dadurch auf 68,5%. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird ein leichter Anstieg auf 69,8% erwartet.

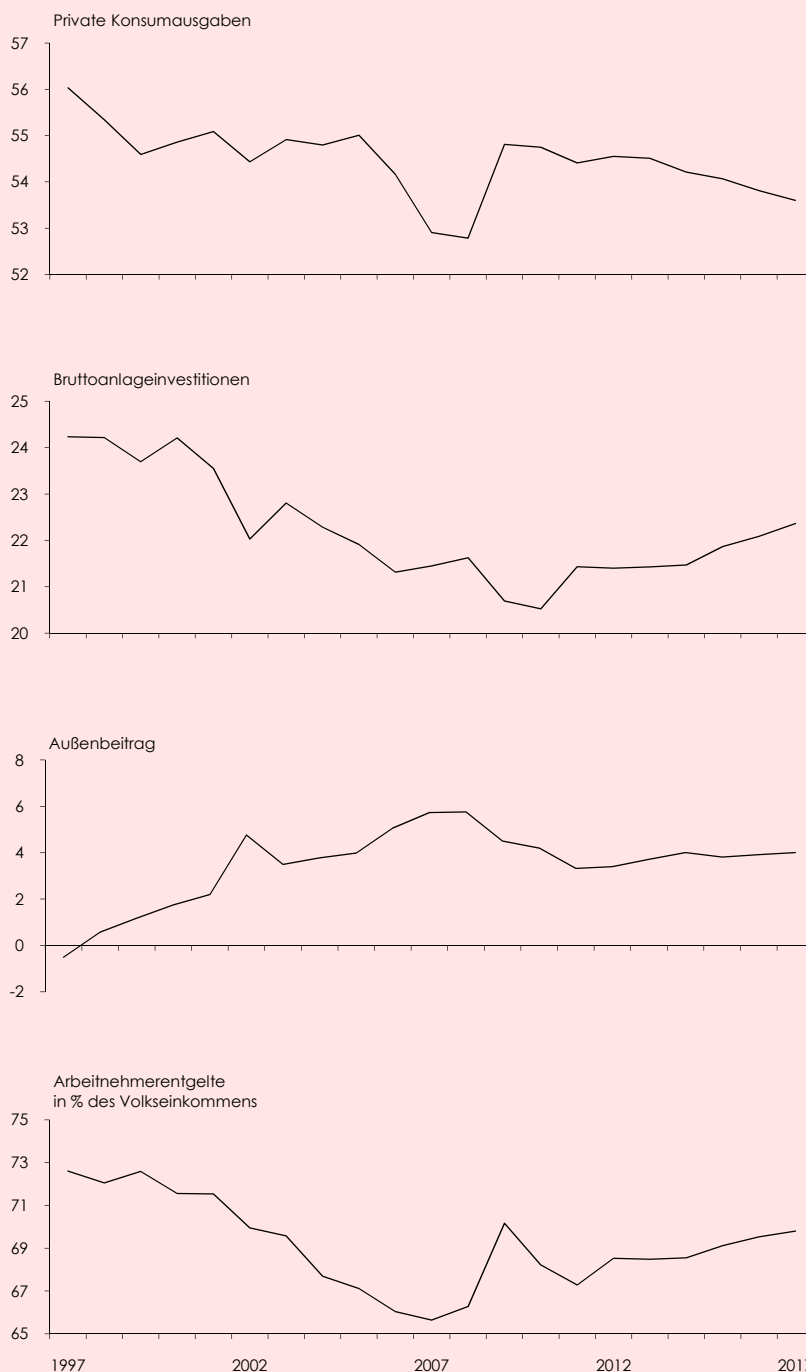
Die prognostizierte Entwicklung von Beschäftigung (2012/2017 +0,9%) und Reallöhnen (2012/2017 +0,5%) wirkt sich stabilisierend auf die verfügbaren Haushaltseinkommen aus, die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand (z. B. Pensionszuwächse 2013/14 unter der Inflationsrate) dämpfen die Einkommen etwas. Der private Konsum wird sich über den Prognosezeitraum jedoch schwächer entwickeln als die verfügbaren Einkommen, weil die privaten Haushalte vermehrt sparen. Wegen der Einkommensverluste in der Wirtschaftskrise wurden die Ersparnisse verringert, um die Konsumausgaben weitgehend konstant zu halten. Die Sparquote sank entsprechend von 11,2% im Jahr 2009 auf 7,4% im Jahr 2011. Der Vermögensaufbau nimmt

**Anstieg der Sparquote
dämpft privaten
Konsum**

mittelfristig wieder zu, die Sparquote steigt (von 7,5% im Jahr 2012 auf 8,7% im Jahr 2017), die Konsumquote sinkt. Der private Konsum wird sich im Prognosezeitraum im Durchschnitt um 1,0% pro Jahr erhöhen. Diese Rate entspricht zwar etwa dem Durchschnitt der Krisenjahre (2007/2012 +0,9% p. a.), liegt aber deutlich unter dem Durchschnitt 2002/2007 (+1,7% p. a.). Stabilisierte also der private Konsum die Endnachfrage während der Wirtschaftskrise aufgrund des "Entsparens" und der relativ stabilen Beschäftigungslage, so wird seine mäßige Steigerung nun die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfen.

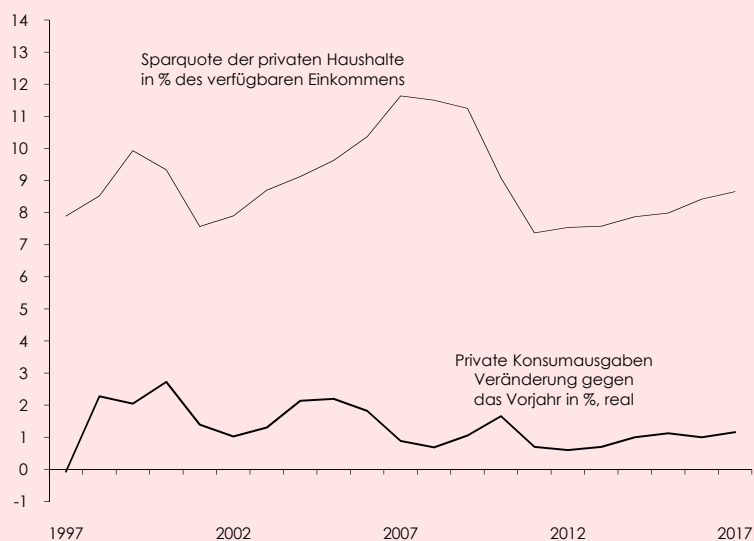
Abbildung 3: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Nach einem Rückgang der Rohölnotierungen 2013 wird in den folgenden Jahren wieder mit einem mäßigen Preisanstieg gerechnet. Die mittelfristige Verteuerung von Rohstoffen schlägt sich auch in den Preisen von Intermediär- und Fertigprodukten nieder, sodass die Importpreise ab 2015 wieder anziehen. Der heimische Preisdruck bleibt in den kommenden Jahren gering, der mittelfristig mäßige Anstieg der Lohnstückkosten hat keine signifikante preistreibende Wirkung: Der Zuwachs des BIP-Deflators, welcher die heimische Preiskomponente abbildet, bleibt im Prognosezeitraum unter 2% (2012/2017 +1,7%). Die gemäßigte heimische Preisdynamik bremst den Anstieg der Exportpreise; da die Importpreise stärker anziehen, sinken die Terms-of-Trade ab 2015. Über den gesamten Prognosezeitraum verschlechtern sich die Terms-of-Trade jedoch weniger als in den fünf Jahren davor (2012/2017 -0,3%, 2007/2012 -0,6%). Aufgrund der importierten Inflation steigen die Verbraucherpreise etwas stärker als der BIP-Deflator (2012/2017 +2,1%).

Inflation bleibt stabil

Übersicht 5: Deflatoren

	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9
Exporte	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,4
Importe	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Das in den vergangenen Jahren mehrfach revidierte fiskalpolitische Regelwerk der EU verpflichtet Österreich zu einer substanziellen Verbesserung der Budgetsalden und zu einer Verringerung der Staatsschuldenquote. Gemäß dem Verfahren wegen übermäßigen Defizits, dem Österreich seit 2009 unterliegt, sollen die Defizitquote (Maastricht-Defizit) bis 2013 unter 3% des BIP verringert, das konjunkturbereinigte (strukturelle) Defizit zwischen 2011 und 2013 um 0,75% des BIP p. a. gesenkt sowie ein Rückgang der Schuldenquote (Ziel: 60% des BIP) erreicht werden.

Das gesamtstaatliche Defizit wird im Prognosezeitraum schrittweise von 3,1% (2012) auf 2,6% im Jahr 2013 und 0,4% des BIP im Jahr 2017 gesenkt. Die erste Vorgabe des Verfahrens wegen übermäßigen Defizits wird somit eingehalten, das von der Bun-

Mäßige Budgetkonsolidierung wird fortgesetzt

desregierung angestrebte Ziel eines Nulldefizits bis zum Ende des Prognosezeitraumes könnte jedoch unter den gegebenen Wachstumsaussichten nicht vollständig erreicht werden. Offen ist auch, ob der strukturelle Budgetsaldo wie von der Bundesregierung geplant verbessert werden kann (vgl. hierzu *Schratzenstaller, 2013*).

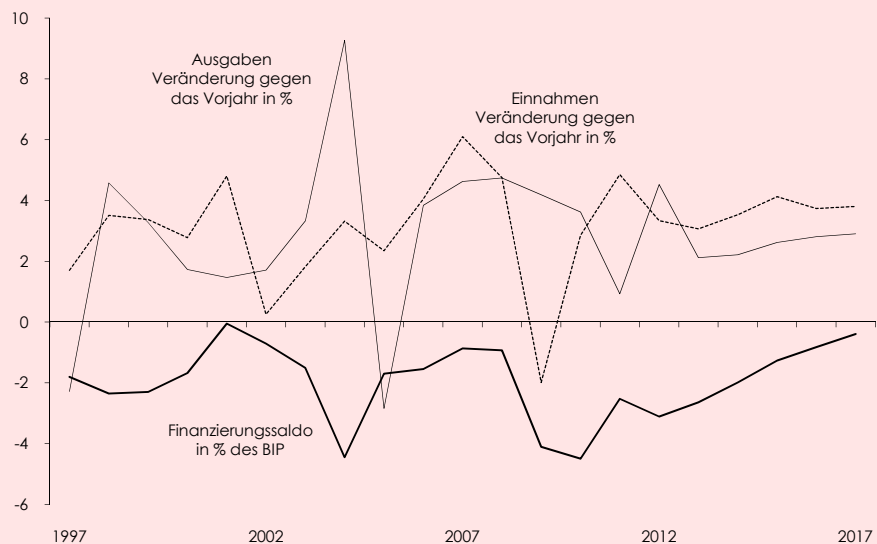
Eine grundlegende Voraussetzung für die Senkung des Defizits im prognostizierten Ausmaß ist eine weiterhin zurückhaltende Ausgabenpolitik auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen, sodass die Staatsausgabenquote ab 2015 erstmals wieder unter 50% des BIP liegt. Zwischen 2012 und 2017 werden die Staatsausgaben nominell um nur 2,5% p. a. steigen, wesentlich schwächer als im Zeitraum 2007/2012 (+3,6% p. a.). Die Einnahmen sollten im Durchschnitt 2012/2017 um 3,7% pro Jahr wachsen (2007/2012 +2,7% p. a.).

Übersicht 6: Staat

	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Jährliche Veränderung in %									
Laufende Einnahmen	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,8
Laufende Ausgaben	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,5	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5
In % des BIP									
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 3,0	- 1,4	- 3,1	- 2,6	- 2,0	- 1,3	- 0,8	- 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Risiken der Budgetprognose werden nicht allein von der allgemeinen Konjunkturlage und den Unwägbarkeiten der Finanz- und Staatsschuldenkrise in Europa geprägt. So ist unsicher, ob die erwarteten Einnahmen von 1 Mrd. € aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz (2013) in dieser Höhe realisiert werden können. Auch die veranschlagten Zusatzeinnahmen von 500 Mio. € p. a. aus einer noch auf EU-Ebene zu vereinbarenden Finanztransaktionssteuer ab 2014 und die geplanten Einsparungen von 500 Mio. € durch die Neuordnung des Subventionswesens (ab 2015) sind mit einigen Unsicherheiten behaftet und werden daher in der Prognose nicht in voller

Höhe berücksichtigt. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die notverstaatlichten Banken weitere öffentliche Mittel benötigen, die das Defizit und/oder die Gesamtverschuldung entsprechend belasten würden.

Versteckte Risiken für die gesamtstaatliche Defizitprognose bergen darüber hinaus die Länder- und Gemeindebudgets. Zwar haben sich alle föderativen Ebenen im Rahmen des neuen österreichischen Stabilitätspaktes 2012 auf weitreichende Konsolidierungsschritte verpflichtet; ob die Gebietskörperschaften ihren Selbstverpflichtungen tatsächlich nachkommen, muss sich jedoch erst weisen. Von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche und nachhaltige Fortsetzung des Konsolidierungskurses wird überdies sein, dass die Politik im Wahljahr 2013 auf ausgabenseitige und steuerliche Wahlgeschenke verzichtet.

Die Staatsverschuldung wird im Prognosezeitraum in absoluten Beträgen zwar weiter zunehmen, in Relation zur Wirtschaftsleistung ab 2014 jedoch wieder gesenkt. Bei einem Ausgangsniveau von über 76% des BIP im Jahr 2013 ist die mittelfristige Verringerung auf oder unter 60% gegenwärtig noch nicht in Sicht. Die Entwicklung der Staatsverschuldung wurde in den vergangenen Jahren beträchtlich von stock-flow adjustments geprägt (schuldenstandsrelevante Transaktionen, die aber nicht Maastricht-defizitwirksam sind). Sollten in den kommenden Jahren Schuldentilgungen erfolgen, etwa aus dem Verkauf von Bankenbeteiligungen, dem Abbau des Bankenpartizipationskapitals oder anderen Privatisierungserlösen, dann könnte die Schuldensenkung schneller voranschreiten. Umgekehrt könnte eine 2014 anstehende Revision des ESVG den ausgewiesenen Schuldenstand noch erhöhen, wenn bisher außerbudgetäre Schulden eingerechnet werden müssen. Eine Prognose der stock-flow adjustments erweist sich somit als sehr schwierig.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für Österreich sowie die zugrundeliegende kurzfristige Prognose für Österreich und die mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft unterliegen zahlreichen Unsicherheitsfaktoren. Der Budgetstreit in den USA ("fiscal cliff") wurde, wie in der Prognose angenommen, vorerst beigelegt. Dennoch müssen die aus dem Ruder gelaufenen Staatsfinanzen mittelfristig saniert werden, was die Konjunktur entsprechend dämpfen wird. Die Eintrittswahrscheinlichkeit fiskalischer Automatismen mit negativen Folgen für die Konjunktur wird durch das Bestehen einer gesetzlich verankerten Schuldenobergrenze in einer Pattsituation zwischen wirtschaftspolitisch konträren politischen Lagern deutlich erhöht. Ebenso unsicher wie in den USA ist aber auch die künftige wirtschaftspolitische Ausrichtung im Euro-Raum. Die Wirkung von neuen und teils strengeren Fiskalregeln im Rahmen des Fiskalpaktes zum Schuldenabbau und deren Rezeption durch die Marktteilnehmer sind noch unklar, zumal diese Regeln erst mittelfristig in Kraft treten werden und aufgrund der Komplexität und Intransparenz noch zu wenig Beachtung gefunden haben dürften.

Ferner wurde das Problem der wechselseitigen Abhängigkeit von Finanzmarktintermediären und öffentlichen Gebietskörperschaften erst in Angriff genommen; eine klare Lösung, die die Kosten künftiger Finanzmarktkrisen für die öffentliche Hand verringert, ist im Prognosezeitraum nicht garantiert. Die ordnungspolitische Konstitution des Euro-Raumes bleibt daher auch mittelfristig fragil, die Anfälligkeit auf externe Schocks hoch und die eingangs erwähnte Unsicherheit des Prognoseumfeldes beträchtlich. Sollten hingegen veränderte institutionelle Rahmenbedingungen (z. B. ESM, Bankenunion, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) eine frühere Lösung der Vertrauenskrise herbeiführen, würde sich die Konjunktur im Euro-Raum rascher erholen. Dies würde sich positiv auf die österreichische Exportnachfrage und in der Folge auf die Investitionen auswirken.

Weiters ergeben sich aus der Verwendung eines ökonometrischen Prognosemodells Einschränkungen durch methodische Probleme. Das WIFO-Macromod bildet die empirischen Zusammenhänge ab, wie sie im Durchschnitt der letzten 35 Jahre für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich bestimmend waren (*Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005*). Sollte sich das Verhalten der Wirtschaftsakteure nachhaltig ändern – was angesichts der Neuartigkeit der aktuellen Krise nicht auszuschließen ist –, bleibt dies mangels entsprechender Daten unberücksichtigt.

Risiken der Prognose

Literaturhinweise

- Aiginger, K., Ederer, St., Cramme, O., Liddle, R., Thillaye, R., "Reconciling the Short and the Long Run: Governance Reforms to Solve the Crisis and Beyond", WWWforEurope Policy Brief, 2012, (1), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46058>.
- Aiginger, K., Huber, P., Firgo, M., "Policy Options for the Development of Peripheral Regions and Countries of Europe", WWWforEurope Policy Brief, 2012, (2), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46059>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Blanchard, O., Leigh, D., "Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers", IWF Working Paper, 2013, (WP/13/1).
- Ederer, St., Kaniovski, S., Pitlik, H., Url, Th., "Verhaltener Konjunkturaufschwung nach Wachstumsdelle 2012. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2016", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(1), S. 51-62, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43376>.
- Glocker, Ch., "Konjunkturbelebung in Sicht. Prognose für 2013 und 2014", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 3-16, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46138>.
- Janger, J., Hölzl, W., Kaniovski, S., Kutsam, J., Peneder, M., Reinstaller, A., Sieber, S., Stadler, I., Unterlass, F., "Structural Change and the Competitiveness of EU Member States", WIFO, Wien, 2011, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/42956>.
- Schatzenstaller, M., "Bundesvoranschlag 2013: Konsolidierungspfad mit Unsicherheiten", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 63-79, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46143>.
- Schulmeister, St., "Wachstumsdynamik im Spannungsfeld zwischen lockerer Geldpolitik und restriktiver Fiskalpolitik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2017", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 37-52, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46141>.

Faltering Growth Expected for the Next Years

Medium-term Forecast for the Austrian Economy up to 2017 – Summary

Following a slowdown of the Austrian economy in 2012, we forecast sluggish growth in the medium term. Over the next five years, real GDP growth will peak at a moderate annual rate of 2 percent in 2015, averaging an annual rate of 1.7 percent.

The main factors behind low real growth in the medium term are weak external demand (economic slowdown in the euro area) and weak domestic demand (modest consumption growth due to enhanced savings). Exports will expand by an annual average of 5.2 percent during 2012-2017. Imports to Austria are expected to increase by 4.8 percent per year. In spite of a positive trade balance, the contribution of net exports to the growth of aggregate demand will not induce any significant growth of real GDP in Austria. Investment into machinery and equipment is not expected to pick up until 2015, growing at an average annual rate of 3.9 over the forecasting period. Construction investment will increase at roughly 1 percent per year. The growth of private consumption will remain sluggish in the medium term, with the savings ratio rising to 8.7 percent of disposable income in 2017. Private consumption expenditure will expand at an average of 1.0 percent per year.

We see no significant indications of inflationary pressure in the medium term. The consumer price index will rise by an annual average of 2.1 percent during 2012-2017. The trend in unit labour cost as a key domestic inflationary factor will remain weak, while import prices will exert an upward pressure on domestic inflation.

Economic growth is not strong enough to reduce the unemployment rate. Although employment is expected to rise, the growth in labour supply will leave the rate of unemployment unchanged. Labour supply will rise mainly due to labour migration, although a further increase of female participation and a decline of early retirement rates play a role as well. The unemployment rate, averaging at 4.5 percent over the years, will decrease slightly in 2017.

The Austrian federal government intends to continue its efforts at budgetary consolidation. The general government deficit is expected to gradually fall from 3.1 percent of nominal GDP in 2012 to 0.4 percent in 2017. Public revenues are set to increase at a rate of 3.7 percent, while austerity measures should reduce growth in government expenditure to 2.5 percent. As a consequence, the ratio of government expenditure to GDP is expected to fall below 50 percent of nominal GDP by 2015.